Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

164. Sitzung vom 10. März. 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Frhr. von Tettelmann.

Eingegangen ist der Vertrag mit England und Amerika betr. Samoa.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Abg. Graf **Stolberg** mit, daß er verhindert war, an der gestrigen Abstimmung über § 14a theilnehmen. Wenn er hier gewesen wäre, würde er mit „Ja" gestimmt haben.

Die Reichsschuldenordnung wird in dritter Lesung nach unerheblicher Debatte angenommen.

Darauf wird die Berathung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetzes fortgesetzt.

Die §§ 3—7 werden ohne Debatte angenommen.

§ 8 setzt für alle Schlachtungen, auch die Hausschlachtungen, die Trichinenschau fest. Die Kommission hat diesen Paragraphen gestrichen. Die Sozialdemokraten beantragen, ihn wieder herzustellen.

Abg. **Wurm** (Soz.) begründet diesen Antrag. Der Trichinenschau wenigstens müßte doch jedes geschlachtete Schwein im Interesse der menschlichen Gesundheit unterworfen sein.

Abg. Graf **Oriola** (nl.): Man habe die obligatorische Trichinenschau hier gestrichen, um erst ein Uebergangsstadium zu schaffen für die Landestheile, die sie noch nicht haben. Es müsse den Einzelstaaten die Einführung der Trichinenschau überlassen bleiben.

Abg. Graf **Klinckowström** (k.): Die Kommission habe alle ihre Bestimmungen zu Gunsten der kleinen Landwirthe und der landwirthschaftlichen Arbeiter getroffen, die Taktik der Sozialdemokratie gehe dahin, diesen kleinen Leuten die gewährten Wohlthaten wieder zu nehmen (Widerspruch), um sie unzufrieden zu machen.

Präsident Graf **Ballestrem** theilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen sei.

Abg. **Singer** (Soz.) bemerkt, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung nur wegen der Wichtigkeit der Sache gestellt sei und nicht aus Obstruktion, um die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Er habe sogar den Präsidenten gebeten, die Abstimmung so lange zu verschieben, bis das Haus beschlußfähig sei.

Präsident Graf **Ballestrem** bestätigt dies.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) ruft: Es sind ja noch keine fünfzig Abgeordnete für den Antrag da.

Abg. **Marbe** (Ctr.) bittet, es bei dem Kommissionsantrag zu belassen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.): Früher wollte man das amerikanische Fleisch wegen der Trichinengefahr ausschließen, obwohl die amerikanischen Trichinen nicht so gefährlich sind, jetzt stellt man es auf einmal so dar, als ob die Trichinengefahr gar nichts zu bedeuten hätte. Hierin liegt doch ein großer Widerspruch. Die Trichinenschau ist im Interesse der Volksgesundheit nothwendig, benutzen wir also die Gelegenheit, um hier die obligatorische Trichinenschau einzuführen. Die Kosten sind nicht so beträchtlich, wie die Herren von der Rechten es darstellen.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. **Köhler**: Ich habe nur das Wort ergriffen, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor Werth auf den § 8, wie sie ihn vorgeschlagen haben, legen. (Hört! Hört! links.) Darin kann ich allerdings dem Vorredner nicht recht geben, daß die ausländischen Trichinen minder gefährlich als die inländischen seien. Es ist durch eine Reihe von speziellen Fällen nachgewiesen, daß durch amerikanische Trichinen eine große Anzahl von Personen erkrankt und einzelne auch gestorben sind. Das war Anfang der achziger Jahre. Wenn die verbündeten Regierungen auch der Meinung sind, daß gegen die Trichinengefahr ein Schutz geschaffen werden muß, so sind sie doch nicht in der Lage, so weit zu gehen, wie der Antrag Albrecht und Genossen, die auch die Hausschlachtungen der Trichinenschau unterwerfen wollen. Der Entwurf des Bundesraths wollte die Hausschlachtungen keineswegs der Untersuchung entziehen, er wollte nur die Bestimmungen darüber den Einzelstaaten überlassen. Gerade über diesen Punkt hat eine sehr eingehende Berathung stattgefunden, die zu dem Ergebniß führte, daß es nicht angängig sein würde, obligatorische Vorschriften über die Hausschlachtungen einzuführen. Die Verhältnisse liegen verschieden, man muß die Volksgewohnheiten berücksichtigen. In Süddeutschland, wo weniger rohes Fleisch gegessen wird, sträubt man sich gegen die obligatorische Trichinenschau. Eine Gefahr für die Allgemeinheit aus der Belassung dieses Zustandes ist nicht zu befürchten, da nach dem § 2 ja das im Haushalt geschlachtete Fleisch nicht gewerbsmäßig vertrieben werden darf. Ich wiederhole also, die Trichinenschau ist eine nützliche und im Interesse der Volksgesundheit wünschenswerthe Einrichtung, man braucht dabei allerdings nicht so weit zu gehen wie der Antrag Albrecht und Genossen.

Abg. **Holtz** (Reichsp.): Ich habe auch den Eindruck gehabt, daß die Herren Sozialdemokraten das Gesetz nur zum Fall bringen wollen. In dieser Meinung wurde ich bestärkt durch den gestrigen ungewöhnlichen, namentlichen Antrag über den Schluß der Debatte. Nicht agrarische Rücksichten haben uns zu unserer Stellungnahme veranlaßt, sondern nur die Rücksicht auf die Süddeutschen, die unter keinen Umständen für das Gesetz stimmen wollten, wenn der § 8 aufrecht erhalten bliebe. Ich bitte Sie deshalb, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) tritt für die obligatorische Trichinenschau ein. Er lege auf die ganze Fleischschau keinen Werth, wenn nicht durch das Gesetz eine wirksame Bekämpfung der Trichinose ermöglicht würde.

Abg. **Plöricke**-Kaiserslautern (B. d. L.) hofft, daß die Regierung in diesem einen Falle einmal beweise, daß sie sich von der sinnlichen liberalen Mache nicht beeinflussen lasse. Die Liberalen stellen die amerikanische Trichine für ein ganz harmloses, unschädliches Thierchen, die deutsche Trichine aber sei etwas ebenso Schreckliches, wie es die Agrarier sind. Zu Wirklichkeit sei die amerikanische Trichine nicht besser als die deutsche. Die Bestimmungen über Trichinenschau müßten deshalb der Landesgesetzgebung überlassen werden, weil die Verhältnisse in den einzelnen Staaten ganz verschieden seien. Warum sollen wir hier die persönliche Freiheit so sehr beeinträchtigen, wie das der Antrag Albrecht bezweckt? Man lasse doch jeden essen, was er will. Wer Vorliebe für Hundefleisch hat, mag Hundefleisch essen. Die Hausschlachtung müssen wir frei lassen.

Präsident Graf **Ballestrem** theilt mit, daß Abg. Singer seinen Antrag dahin abgeändert habe, daß nicht über den Antrag Albrecht, sondern über die Regierungsvorlage namentlich abgestimmt werden soll.

Abg. Dr. **Vielhaben** (Antis.): Wir lehnen nicht die Trichinenschau überhaupt ab, sondern wollen sie nur der Landesgesetzgebung überlassen.

Abg. **Nißler** bittet im Namen des bayrischen Bauernbundes und auch der bayrischen Regierung um Ablehnung der obligatorischen Trichinenschau. Freisinnige und Sozialdemokraten seien einig in der Drangsalirung des Bauernstandes. Die Bauern fabrizieren ihre Wurst mit größter Sauberkeit.

Abg. **Wurm** (Soz.): Man müsse sowohl für deutsche wie für ausländische Schweine die Trichinenschau verlangen. Die Untersuchung solle aus Staatsmitteln ausgeführt werden. Redner polemisirt gegen den Grafen Klinckowström und gebraucht hierbei die Ausdrücke „objektive Unwahrheit" und „Lüge."

Präsident Graf **Ballestrem** ruft ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. **Schrempff** (Vp. d. L.) weist auf die schwierige Durchführung der Trichinenschau in Süddeutschland hin.

Abg. **Weißenhagen** (Ctr.) schildert auch die einschlägigen Verhältnisse in Bayern, wo die Fleischbeschau sehr theuer werden würde. Jeder Dienstbote übe die beste Kontrolle über das geschlachtete Vieh aus. Wo die Trichinenschau nothwendig sei, bestehe sie jetzt schon, und wo sie jetzt nicht bestehe, da sei sie auch nicht nothwendig.

Abg. **Schwarz**-München (b. k. Fr.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. **Müller**-Sagan (fr. Vp.) hält dagegen eine allgemeine Trichinenschau für dringend geboten. Eine Landesgesetzgebung genüge nicht.

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Graf **Klinckowström**, **Singer** und **Beckh**.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Die Abstimmung über die Regierungsvorlage ist eine namentliche und beginnt mit Buchst. (Zurufe: Kuh! Hetterkeit.)

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Gestimmt haben 231 Abgeordnete, wovon mit Ja 66, mit Nein 165.

Es bleibt also bei der Streichung des § 8.

Die §§ 9—11 werden ohne Debatte angenommen.

Zu dem den Vertrieb von nur bedingt tauglichem Fleische behandelnden § 12 beantragen die

Abgg. **Albrecht** (Soz.) und Gen., daß den Fleischhändlern, Gastwirthen 2c. der Vertrieb solchen Fleisches nach einfacher polizeilicher Anzeige (statt nach polizeilicher Genehmigung) erlaubt ist.

Nach kurzer Begründung des Abg. **Singer**, und nachdem sich Direktor Dr. **Köhler** gegen denselben erklärt, wird derselbe abgelehnt.

§ 13, der von der Behandlung des Fleisches handelt, welches zwar nicht untauglich, aber in seinem Genußwerthe erheblich herabgesetzt ist, ist von der Kommission gestrichen.

Die Abgg. **Albrecht** (Soz.) und Gen. beantragen die Wiederherstellung des Paragraphen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. **Wurm** (Soz.), **Schrader** (fr. Vg.), **Stolle** (Soz.) und Direktor Dr. **Köhler**, der die Annahme des sozialdemokratischen Antrages empfiehlt, wird § 13 nach dem Vorschlage der Kommission gestrichen.

Die §§ 15 und 16 werden ohne Debatte angenommen.

§ 17 handelt von der Behandlung des Pferdefleisches. Er bestimmt u. a., daß Pferdefleisch beim Vertrieb ausdrücklich als solches bezeichnet werden muß, sowie, daß es nur mit Genehmigung der Polizeibehörde vertrieben werden darf. Diese letztere Bestimmung beantragen die Abgg. Graf **Bismarck-Bohlen** u. Gen. zu streichen.

Abg. **v. Langen** (kons.), der das Vorurtheil gegen Pferdefleisch für ganz unberechtigt hält, befürwortet den Antrag v. Bismarck. Ein gesitteles Volk habe die Pflicht, dem Pferde seinen Lebensabend, der meist eine Leidenszeit sei, zu verkürzen. Das Pferd müsse, wie andere Schlachthiere, vor seiner Schlachtung gemästet werden. Dann werde sein Fleisch ebenso gut schmecken wie anderes Fleisch.

Direktor Dr. **Köhler** bekämpft den Antrag v. Bismarck.

§ 17 wird in der Kommissionsfassung unter Ablehnung des Antrags v. Bismarck angenommen.

Der Rest des Gesetzes (§§ 18—29) wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; ebenso eine von der Kommission beschlossene Resolution, betr. eine öffentliche Schlachtviehversicherung und betr. angemessene Verwerthung der verworfenen Theile des Schlachtviehs.

Damit ist die zweite Lesung des Fleischschau-Gesetzes erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr: Rechnungssachen. Zweite Lesung des Münzgesetzes.

Schluß 1/2 7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Bericht der Saale-Ztg.)

43. Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Ministertische: Studt u. a.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Universitäten".

Abg. Dr. **Beumer** (nl.) beklagt, daß die Lederindustrie weder an den Universitäten noch an den landwirthschaftlichen oder technischen Hochschulen berücksichtigt werde. Das entspreche nicht der Bedeutung dieser Industrie.

Abg. Dr. **Dittrich** (Z.) wünscht die Errichtung von ordentlichen Lehrstühlen für Pastoraltheologie und Apologetik an unseren Universitäten.

Minister **Studt** verspricht, diesen Wunsch in sorgfältigste Erwägung ziehen zu wollen.

Zum Kapitel „höhere Lehranstalten" bemerkt

Minister **Studt**: Die Wünsche des Lehrstandes haben im vorliegenden Etat in den verschiedensten Punkten Berücksichtigung gefunden. Ich weise darauf hin, daß wir vier neue Provinzial-Schulrathsstellen errichtet haben, daß die Errichtung einer ganzen Reihe neuer staatlicher höherer Lehranstalten vorgesehen ist, daß wir 64 neue Oberlehrerstellen an staatlichen Gymnasien bewilligt, eine angemessene Verbesserung der Zeichen-, Vorschul- und Elementarlehrer an höheren Schulen und eine Erhöhung des Dispositionsfonds für das höhere Unterrichtswesen vorgenommen haben. Wir werden auch im nächsten Etat in der Förderung des höheren Schulwesens fortfahren. Wir haben bereits über mehrere Punkte mit dem Finanzministerium, dem ich dafür auch an dieser Stelle meinen wärmsten Dank ausspreche, ein Einverständniß erzielt. Danach sollen insbesondere die Verschiedenheiten in den Besoldungsverhältnissen an den vom Staat unterhaltenen und unterstützten Anstalten beseitigt werden. Es soll ferner eine neue Prüfung der Frage vorgenommen werden, ob eine Ueberbürdung der Lehrer vorliegt. In Bezug auf die Hilfslehrerfrage werden wir erwägen, ob eine weitere Vermehrung der Oberlehrerstellen erforderlich ist, um ein richtiges Verhältniß zwischen der Zahl der Oberlehrer und Hilfslehrer herbeizuführen. Eventuell wird auch eine Erhöhung der Remunerationen der Hilfslehrer eintreten. Ich werde es mir stets besonders angelegen sein lassen, das höhere Unterrichtswesen nach besten Kräften zu fördern. (Beifall.) Andererseits muß ich dann aber auch Werth darauf legen, daß die Lehrer an höheren Schulen bei der Geltendmachung ihrer Wünsche agitatorische Maßlosigkeiten vermeiden und die nöthigen Grenzen so beobachten mögen, wie es der Würde ihres Standes und den Traditionen des preußischen Beamtenthums entspricht. (Beifall.)

Abg. Dr. **von Heydebrand** (kons.): Meine Freunde haben die Erklärung des Ministers mit Befriedigung entgegengenommen. Ich will aber hier noch eine Bitte zum Ausdruck bringen. Ich empfehle es dem Minister, mit Reformen des humanistischen Bildungsganges auf den Gymnasien vorsichtig zu sein. Die Beschränkung der Zahl der Lateinstunden hat schon jetzt die lateinischen Sprachkenntnisse erheblich vermindert; für die gelehrten Berufe ist aber noch immer ein großes Maß von Kenntnissen in den todten Sprachen und namentlich im Lateinischen erforderlich, und es ist auch nicht zu wünschen, daß das Eindringen in den Geist der klassischen Bildungswerke infolge unzureichender sprachlicher Vorbildung erschwert und beschränkt wird. Wir wünschen dringend, daß Reformen in der humanistischen Bildung nur eingeführt werden, wenn der Minister sich über den zu betretenden Weg vollständig im Klaren ist; zu Experimentirkanstalten wollen wir unsere Gymnasien nicht hergeben; wir wollen uns in dieser Beziehung Amerika nicht zum Muster nehmen, sondern an dem Altbewährten festhalten, wodurch die deutsche Bildung zu Ruf und Ansehen gelangt ist. (Beifall rechts.)

Minister **Studt**: Vieles von dem, was der Vorredner sagte, hat mich sehr sympathisch berührt. Auch ich bin ein warmer Freund der humanistischen Bildung und sehe in der alten Litteratur eine reiche Quelle der Belehrung und angenehmen geistigen Genusses. Ich würde es daher auch sehr beklagen, wenn der Drang der Zeit dahin führen sollte, uns dieses Genusses zu berauben. Ich hoffe aber auch, daß es gelingen wird, im Laufe der Zeit die Interessen der sogenannten modernen Richtung mit der Eigenart des deutschen Unterrichts in Einklang zu bringen. Seit ich an der Spitze meines Ressorts stehe, hat es zu meinen liebsten Aufgaben gehört, mich mit dieser Frage zu beschäftigen; ich habe es auch schon in früherer Zeit gethan und infolgedessen einige Erfahrung auf diesem Gebiete. Ich habe es mir von vornherein zur Aufgabe gestellt, zu prüfen, ob die bestehenden allgemeinen Verordnungen für die höhere Unterrichtsverwaltung vom Jahre 1892 den gegenwärtigen Bedürfnissen noch genügen und den fortschreitenden Anforderungen der Zeit nicht blos im nationalen, sondern auch im allgemeinen Verkehrsinteresse gerecht zu werden vermögen. Ich habe deshalb verschiedene Unterrichtsanstalten, namentlich in Frankfurt und Berlin, persönlich revidirt und die gesammelten Erfahrungen zum Gegenstande eines Meinungsaustausches mit berufenen Persönlichkeiten gemacht. Derselbe hat dahin geführt, daß eine Reihe wichtiger Fragen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden soll. Ich kann darüber noch nichts näheres mittheilen, da auf manchen Gebieten, z. B. auf dem des Berechtigungswesens, nicht allein mein Ressort maßgebend ist, sondern auch die Stellungnahme der Reichsregierung wesentlich mitspielt. Ich begnüge mich daher mit der Erklärung, daß ich nach Kräften bemüht sein werde, denjenigen Weg zu finden, der uns, so Gott will, zu dem rechten Ziele führt. Wir werden dabei die rechte Mitte zwischen dem πάντα ῥεῖ und dem μηδὲν ἄγαν innezuhalten haben. (Beifall.)

Abg. Dr. **Dittrich** (Ctr.) zieht die humanistische Bildung der realistischen vor, weil die realistische eine Gefahr für den Idealismus in sich birgt. Redner geht dann auf die Schriften des Herrn Dr. Schroeder ein, dessen Agitation er zwar mißbillige, der aber Uebelstände aufgedeckt habe, die entfernt werden müßten. Die Kräfte der Oberlehrer würden in der That bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit angespannt. Die Folge sei die hohe Sterblichkeit dieser Lehrer. Diese Uebelstände dürfe man nicht ablenguen, man müsse ihnen vielmehr klar ins Auge blicken und Abhilfe schaffen. Auch die Besoldung der Oberlehrer sei noch immer zu gering. Er habe aber das Vertrauen, daß der Minister die berechtigten Wünsche der Oberlehrer erfüllen werde.

Abg. **van der Borght** (nl.): Auch ich halte die alten Sprachen für sehr geeignet zur logischen Schulung und bin davon überzeugt, daß das Verständniß für praktische Sprachen durch die humanistische Bildung durchaus nicht geschädigt wird. Am besten, meine ich aber, wird es sein, wenn man für die verschiedenen Formen des Unterrichtswesens freie Bahn schafft und die enge Begrenzung des Berechtigungswesens beseitigt. (Sehr richtig!) Wenn ich nun auf die neuerliche Denkschrift über die Verhältnisse im höheren Lehrerstande eingehe, so will ich mich dabei nicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Unterrichtsverwaltung und Herrn Dr. Schroeder einlassen, Herr Dr. Schroeder ist in seinen Schriften vielfach nicht in den richtigen Grenzen geblieben, er hat sich von Uebertreibungen nicht ganz frei gehalten. Darin hat die Denkschrift gewiß recht. Die Denkschrift ist auch keine tendenziöse Arbeit gegen die Lehrer, wie in der Presse behauptet ist, eher könnte man sie schon eine Tendenzarbeit — wenn man den Ausdruck durchaus gebrauchen will — zu Gunsten der Lehrer nennen. Nicht einverstanden bin ich mit der Art, wie sich die Denkschrift der Konjekturalstatistik bedeiligt. Sie setzt z. B. das Durchschnittsalter der Lehrer für die letzten fünfzehn Jahre nach dem Status eines einzigen Tages fest, ferner bringt sie eine Mortalitätstafel, nach welcher pensionirte Lehrer durchschnittlich sieben Jahre im Ruhestande zu leben pflegten, trotzdem sie selbst anerkannt, daß ihr die Grundlagen für diese Berechnung fehlen und daß sie sich lediglich auf andere Beobachtungen dafür stütze. Wenn ich aber auch an der Denkschrift vom statistischen Standpunkte aus manches auszusetzen, so freue ich mich dennoch sehr über ihr Erscheinen, weil sie dazu geeignet und wie ich jetzt annehme, auch dazu bestimmt ist, die berechtigten Wünsche der Lehrer zu unterstützen. Es wird z. B. festgestellt, daß die Durchschnittssterblichkeit unter den 25—30 Jahre alten Lehrern sehr viel höher sei als in der übrigen Bevölkerung; es wird auch der Grund dafür angeführt, er läge darin, daß sich die Lehrer in der Zeit vor der definitiven Anstellung zumeist in sehr dürftigen Verhältnissen befänden und daß ihre Widerstandsfähigkeit infolgedessen geschwächt sei. Wenn dem so ist, dann folgt daraus, daß man die Verhältnisse der Hilfslehrer aufbessern muß, und ich hoffe, daß das nun geschehen wird. Als weiterer Grund wird angeführt, daß die 24 Pflichtstunden mit ihren Vorbereitungen und Korrekturen, ferner die wissenschaftliche Weiterarbeit gerade im Anfange die Lehrer so stark in Anspruch nähmen, daß sie kaum die zur Ruhe und Erholung nöthige Zeit finden könnten. — Ist das der Fall, dann muß man eben die Anspannung dieser Lehrer vermindern durch Herabsetzung der Stundenzahl, durch eine für Lehrer und Schüler gleich heilsame Verminderung des Schreibwerks usw. Wenn es ferner festgestellt ist, daß auch die Sterblichkeit unter den im Ruhestand lebenden Lehrern größer ist, als die sonstige Durchschnittssterblichkeit im gleichen Alter, so wird vor allem durch Erhöhung der Ruhegehälter und eine dadurch herbeigeführte Verbesserung der Lebenslage Wandel geschaffen werden müssen. Daß eine gewisse Annäherung der richterlichen und der Lehrerverhältnisse berechtigt ist, dafür findet sich in der Denkschrift auch einiges Material. Ich meine, die Denkschrift bietet die stärksten Argumente dafür, inwieweit die einzelnen Wünsche der Lehrer berechtigt sind, und ich betrachte sie daher trotz meiner statistischen Bedenken als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer Reform. (Beifall.)

Ein **Regierungskommissar** vertheidigt die in der Denkschrift befolgten statistischen Grundsätze der Regierung und weist den Vorwurf einer tendenziösen Bearbeitung zurück, bleibt aber in einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Ministerialdirektor **Althoff**: Erlauben Sie mir, einige Worte diesen hochinteressanten Erörterungen (Heiterkeit) hinzuzufügen. Es ist gesprochen worden von dem „männermordenden Beruf" der Lehrer. Daß das übertrieben ist, geht aus der Ihnen vorgelegten Denkschrift hervor. Ueberhaupt sind die ganzen Ausführungen des Herrn Dr. Schroeder zu übertrieben. Von zu vieler Arbeit stirbt niemand, sehr viele aber von zu wenig Arbeit. (Heiterkeit.) Das hat erst kürzlich ein berühmter Staatsmann gesagt. Der Anregung, von jedem Lehrer ein Gesundheitsattest einzufordern, wird die Unterrichtsverwaltung keine Folge leisten. Dem höheren Lehrerstande kann, wenn ich ein Wort von Tacitus hier anwenden darf, nichts mehr schaden, als die Befehdung seiner besten Freunde, die discordia amicorum. (Beifall.)

Abg. **Saenger** (Hosp. d. fr. Vp.): Wenn ich auch persönlich mit Herrn v. Heydebrand in der Werthschätzung der alten Gymnasialbildung übereinstimme, möchte ich doch die Reformgymnasien nicht herabsetzen lassen. Was die Schroeder'sche Schrift betrifft, so gefällt mir der darin angeschlagene Ton durchaus nicht, eher solcher Ton schadet mehr als er nutzt, aber wir müssen doch zugeben, daß sich weite Kreise der Lehrer darüber gekränkt haben, daß mal jemand die Mißstände in ihrem Berufe zu enthüllen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000312029/fragment/page=0001

den Muth dazu. Die Hilfslehrer werden zu schlecht von der Regierung bezahlt, und die Oberlehrer sind zu angestrengt. Das geht auch aus der Denkschrift der Regierung hervor. Auf die Einzelheiten der Denkschrift will ich hier nicht eingehen, ich will nur bemerken, daß darin angegeben wird, daß die Lehrer früher wie andere Beamte, z. B. Richter, in den Ruhestand treten müssen. Ich weiß ja sehr wohl, an welcher Stelle der Widerstand gegen Reformen zu suchen ist, aber das Kultusministerium sollte mit aller Macht auf Reformen dringen und vor allem die Zahl der Pflichtstunden der Oberlehrer vermindern. (Beifall links.)

Abg. Dr. **am Zehnhoff** (Ctr.) schildert die Vorzüge der humanistischen Bildung. Durch die Kenntnisse der alten Sprachen erwecke man sich eine neue Seele, man setze sich dadurch in eine fremde Denkweise hinein. Die Zähigkeit, verwickelte Satzzusammenhänge oder Beziehungen zu übersehen, werde geweckt. Wenn die Schüler z. B. das Wort Sklave ins Lateinische zu übersetzen haben, so habe er die Wahl zwischen 4 oder 5 Vokabeln, die aber alle eine bestimmte Nuance und Beziehung ausdrücken. Er könne je nach dem Zusammenhange dies Wort mit servus, mancipium oder minister übersetzen. (Stürmische Heiterkeit.) Durch die Beschäftigung mit dem Alterthum kann man aber nicht nur formal richtig, sondern auch human denken. Die Begeisterung für das Wahre, Gute und Schöne werde geweckt; das Lateinische sei unentbehrlich für das Studium der Bibel, es sei die Kirchensprache der katholischen Kirche, der Jurist, der Mediziner könne ohne Latein nicht auskommen. Ebenso sei das Studium des Griechischen unerläßlich, um den Sinn für das Schöne zu wecken. (Beifall.)

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.) hebt die Bedeutung der Reformgymnasien hervor.

Auf Antrage des Abg. **v. Bandelow** (kons.) erwidert

Ein **Regierungskommissar**, daß pädagogische Gründe dafür maßgebend sind, daß nur alljährlich eine Versetzung stattfindet, daß also z. B. Schüler, die Ostern sitzen bleiben, erst nächste Ostern versetzt werden können.

Abg. **Rickert** (fr. Vgg.) bittet den Minister, bei der Reform des höheren Schulwesens einmal das Alte, was sich bewährt habe, zu konservieren, andererseits aber den Fortschritten der Zeit Rechnung zu tragen. Auch möge der Minister es nicht so genau nehmen, wenn mal jemand in der Form gefehlt habe. Das komme überall vor. Im übrigen erkenne er die Forderungen der höheren Lehrer als berechtigt an. Warum sollen diese nicht ebenso behandelt werden wie Richter und Verwaltungsbeamte? Weiter sei es eine Nothwendigkeit, die Vorschulen zu beseitigen. Er werde nicht von seinen alten Forderungen ablassen, daß die Volksschule allein die Grundlage für alle Schulen zu bilden habe. In Westfalen gebe es nur noch eine einzige Vorschule. Der Minister möge gegen die Einrichtung neuer Vorschulen auf Staatskosten stets Einspruch erheben, und er hoffe, daß auch die „Herren aus dem Kultusministerium" dafür nichts hergeben. Ferner frage er den Minister nach dem Grunde, aus dem er die Errichtung eines Mädchengymnasiums in Köln nicht genehmigt habe. Die Frauen haben ein Naturrecht, solche Gymnasien zu fordern. Mit dem alten Vorurtheil, das dagegen noch bestehe, werde die neue Zeit brechen, die Frauen fordern nur, was sie von Gottes und Rechts wegen fordern dürfen. In allen Ländern sitzen Kinder beiden Geschlechts gemeinsam in Gymnasien, z. B. in Holland und in der Schweiz. Warum solle das nicht auch bei uns möglich sein? In Karlsruhe habe sich das Mädchengymnasium bewährt, im Bayerischen Landtag habe der Abg. Schädler die Petition um Errichtung einer solchen Anstalt befürwortet. Hoffentlich werde der Minister doch noch von den Grundsätzen seines Vorgängers in dieser Beziehung abweichen. Geld verlangen ja die Vorkämpfer für Frauengymnasien von der Regierung nicht. Im übrigen werde sich die Bewegung trotz alles Spottes und Lächelns Bahn brechen. (Beifall links.)

Minister **Studt**: Ich habe niemals die Agitation der Lehrer als solche gemißbilligt, sondern nur die agitatorische Maßlosigkeit, die in neuester Zeit hervorgetreten ist. Aus der Kürze des Bescheides, den ich den Kölner Petenten gegeben habe, darf nicht der Schluß gezogen werden, als ob die Frage für mich für alle Zeiten abgethan sei. Das ist nicht der Fall. Ich stand damals allerdings unter dem frischen Eindruck der Beschlüsse des Hildesheimer Kongresses und konnte mit Rücksicht darauf, daß ich erst wenige Wochen im Amte war, keine andere Erklärung abgeben. Ich sehe in der Frauenbewegung ein sehr ernstes Zeichen der Zeit und werde mich mit vollem Ernst der weiteren Entwicklung dieser Frage widmen, bin aber nicht in der Lage, jetzt etwas anderes zu erklären, als daß ich unter voller Berücksichtigung unserer deutschen Eigenschaften den Weg weiter gehen werde, den bisher die Unterrichtsverwaltung eingeschlagen hat. (Beifall.)

Geh. Oberfinanzrath **Germar** bemerkt, die Frage der Vorschule sei im wesentlichen eine Frage, über die die Eltern zu entscheiden hätten. Diesen müsse es freistehen, wohin sie ihr Kind zuerst schicken wollen.

Abg. **Schmitz** (Ctr.) betont die Nothwendigkeit, die Volksschule als gemeinsame Unterstufe für alle höheren Lehranstalten einzurichten und wendet sich gegen die Schröder'sche Schrift, die große Uebertreibungen enthalte.

Abg. **Schaube** (freik.) bemängelt die statistischen Daten der amtlichen Denkschrift über die Sterblichkeitsverhältnisse der Lehrer an höheren Lehranstalten.

Abg. **Metger** (nl.) wünscht eine Gleichstellung der Oberlehrer mit den Richtern in Bezug auf die Gehaltsverhältnisse.

Ministerialdirektor **Althoff** erwidert, daß nach Ansicht der Unterrichtsverwaltung der Stand der Oberlehrer keinem anderen Stande nachstehe; daraus folge aber nicht der Anspruch auf Aenderung der Gehälter. Denn man dürfe nicht vergessen, daß die Gehaltsverhältnisse sich historisch entwickelt hätten.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung des Kultusetats, nachdem der Präsident v. Kröcher für Montag noch eine Abendsitzung in Aussicht gestellt hat, damit die zweite Lesung des Etats Ende nächster Woche spätestens beendet sein kann.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Kultusetat).

Schluß 4¾ Uhr.

Vermischtes.

Tod durch elektrischen Strom. In dem Berliner Vorort Mariendorf erstieg am Freitag ein junger Mann, Sasse, bei den Arbeiten an der elektrischen Beleuchtungsanlage eine Leiter, deren Spitze die elektrische Hochspannung berührte, während der mit Eisen beschlagene Fuß der Leiter eine Verbindung mit der Erde herstellte. Er wurde mit voller Kraft vom elektrischen Strome getroffen, ohne sich von der Leiter losmachen zu können. Erst mit Hilfe eines Kameraden gelang dies, worauf man den bewußtlos Gewordenen auf Stroh bettete und Wiederbelebungsversuche anstellte. Diese waren jedoch erfolglos, so daß die herbeigerufenen Aerzte nur den Tod des Verunglückten feststellen konnten.

Aachener Dombaulotterie. Der Hauptgewinn von 300,000 M. ist großentheils kleineren Bürgersleuten in Aachen selbst zugefallen.

Unter dem Verdacht des Raubmordes ist in Groden bei Cuxhaven der emeritirte Lehrer Lehndorf verhaftet und nach Cuxhaven gebracht worden. Seit einiger Zeit war die Hausbesitzerin Fräulein Habighorst in Groden, nachdem sie kurz vorher 20,000 M. von dem Bankhause E. Calmann erhoben hatte, verschwunden. Lehndorf wohnte in der Nachbarschaft des Fräuleins Habighorst; er verkehrte viel mit ihr und führte ihre Korrespondenz. Er stellt seine Thäter- bezw. Mitwisserschaft entschieden in Abrede.

Ein Postanweisungsschwindler wurde in der Person des Mechanikers Werner aus New York zu Langenhagen (Provinz Hannover) verhaftet. Er hatte in Bussendorf versucht, eine Postanweisung über 985 M., die er gefälscht hatte, einzuschmuggeln. Er verlangte in Bussendorf unter dem Namen Fürchtenicht angekommene Postsachen. Mit der angegebenen Adresse war eine Drucksache eingelaufen, die ihm anstandslos ausgehändigt wurde. Wenige Minuten später kehrte er zum Postschalter zurück und gab eine mit dem Stempel Meiningen versehene, auf 385 M. lautende Postanweisung mit der Adresse: „Viehhändler Werner, per Adresse Gastwirth Steding, Langenhagen" unter dem Bemerken in den Postschalter hinein, die Postanweisung sei irrthümlich in der Drucksache, die man ihm soeben ausgehändigt, enthalten gewesen. Thatsächlich aber hatte der Gauner auf diese Art die gefälschte Postanweisung zur postmäßigen Beförderung bringen wollen. Er fuhr nun nach Langenhagen und verlangte hier die Auszahlung der für ihn inzwischen eingelaufenen Postanweisung. Dem Postverwalter fiel, als er die Postanweisung besah, die bläuliche Farbe des Abgangsstempels auf. Er glaubte eine Fälschung zu erkennen und sandte, da ihm die Person des Werner auch sonst verdächtig erschien, nach einem Gendarmen, der dann den Schwindler im Gasthof festnahm und in das Gerichtsgefängniß überführte.

Einen schauerlichen Selbstmord verübte in Salzburg der Infanterie-Hauptmann Friedrich Ondraczek, den man erhängt und mit einer tödtlichen Schußwunde im Kopfe auffand. Der Hauptmann ging morgens auf den Rheinberg und nahm ein Dienstgewehr mit, das er, auf der Höhe angelangt, lud. Nachdem er sich überzeugt, daß alles an der Waffe in Ordnung sei, erkletterte er einen hohen Baum und ließ sich auf einem der stärksten Aeste nieder. In hockender Stellung nahm der Offizier das Gewehr auf seinen Schoß und befestigte an dem Zündel einen schweren Stein, den er in seiner Tasche aus dem Thale mitgebracht hatte. Alsdann holte er eine ebenfalls mitgebrachte, sehr feste Leine hervor, machte eine Schlinge und legte sich diese um den Hals, worauf er das zweite Ende der Leine an dem Aste, auf dem er hockte, festband. Nach diesen Vorbereitungen nahm Ondraczek den Gewehrlauf in seine Hände und steckte das Ende desselben mit der Oeffnung in den Mund. Nun ließ sich der Unglückliche mit einem Ruck in die Tiefe; der mitfallende Stein bewirkte das Losgehen des Schusses, während die Bewegung der eigenen Körperlast nach unten die Schlinge zuriß und die Erdrosselung herbeiführte. Der Tod muß sofort eingetreten sein.

Attentat. An dem Thore der Wohnung des Oberbuchhalters der Bergbauunternehmung der österreich-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft in Reschitza, Becker, war von einem bisher unbekannten Thäter Dynamit niedergelegt worden, das am Sonntag abend explodirte. Das Thor wurde aufgerissen und die Fenster zertrümmert. Menschen kamen nicht zu schaden.

Lebendig verbrannt. Am Freitag versank auf dem „Stephanieschacht" bei Teplitz ein zwölfjähriger Knabe beim Kohlenklauben in einen glühenden Löschhaufen und verbrannte.

Eine Million Franken für ein Pferd ist der Rekord auf dem Gebiet der Pferdepreise, den soeben der französische Rennstallbesitzer M. E. Blanc aufgestellt hat. Er hat auf der Auktion der Pferde des verstorbenen Herzogs von Westminster den englischen Derbysieger Flying Fox für diese Rieksumme erstanden. Der Sohn des berühmten Ouno und Enkel des noch berühmteren Ormonde soll noch ein Jahr im Training bleiben und dürfte dann angesichts seiner kolossalen Rennleistungen einer der gesuchtesten Beschäler Europas werden.

Ein laufendes Dorf. Die Bewohner des französischen Pyrenäendorfes Viella, das sich annähernd zur Rechten des von Luz nach Bareges führenden Weges an einer Berglehne emporstreckt, befinden sich gegenwärtig in tausend Aengsten, da eine mächtige Thonschicht, auf der die Grundmauern ihrer Häuser ruhen, sich langsam zur Thalsohle hinunterbewegt und die Ortschaft mit einer ähnlichen Katastrophe bedroht wie die, die 1806 den blühenden Flecken Goldau im Kanton Schwyz zerstörte. Das Schmelzen und Durchsickern ganz ungewöhnlicher Schneemassen, begünstigt durch die warme Witterung der letzten Tage, hat diese unterirdische Minirarbeit, die sich durch die allmälige Senkung der chaussirten Landstraße bemerklich machte, in höchst gefahrdrohender Weise beschleunigt. Die Wegebau- und Brückenverwaltung hat, so viel in ihrer Macht steht, Vorkehrungen getroffen, das nahende Unheil von der in Angst versetzten Bevölkerung abzuwenden.

Bombenattentate. Seit einiger Zeit wird Paris wieder durch Bombenattentate in Schrecken gesetzt; bis jetzt hatten diese noch keine große Bedeutung, da es sich um schlecht hergestellte und mit unzureichendem Sprengstoff gefüllte Geschosse handelte. Den ersten Versuchen im Hallenviertel und auf dem Boulevard Saint-Martin, die ohne Personen- und Sachschaden verliefen, sind aber nun, wie schon an anderer Stelle kurz erwähnt, ernstere und drohendere gefolgt. Am Dienstag explodirte hinter dem Thore des Hauses Nr. 20 auf dem Boulevard Richard Lenoir eine Bombe mit furchtbarem Krachen; Bleikugeln und Metallstücke flogen nach dem Hofe des Hauses hin und richteten ziemlich bedeutende Verwüstungen an; Scheiben wurden ringsum durch den Luftdruck zertrümmert, aber glücklicherweise trug niemand eine Verletzung davon. Die Prüfung der Reste der Bombe ergab, daß sie genau nach dem Muster der im Jahre 1893 von Vaillant auf die im Palais Bourbon versammelten Abgeordneten geschleuderten hergestellt war. Ferner fand am Mittwoch gegen den Generalkommissär der Weltausstellung, Herrn Alfred Picard, in seiner Privatwohnung, Cité Vanneau Nr. 12, ein allerdings viel weniger gefährliches, aber immerhin in seiner Bedeutung höchst bedenkliches Attentat statt. Als gerade eine Dame bei ihm einen Besuch abstatten wollte und an seine Thür klopfte, rempelte ein schlecht gekleidetes Individuum sie an und rannte mit den Worten fort: „Eine Minute später — und es ging los!" Auf die Rufe der erschreckten Dame eilten die Hausbewohner herbei, und man stellte fest, daß der Eindringling eine mit Jagdpulver gefüllte Büchse an die Eingangsthür gestellt hatte, neben der sich eine 88 cm lange, gerade in die Büchse passende Zündschnur befand. Der Verbrecher hatte nicht Zeit gefunden gehabt, die Lunte anzuzünden und sein Vorhaben auszuführen. Großen Schaden hätte übrigens diese primitive Bombe nicht anzurichten vermocht. — In der Polizei-Präfektur ist man überzeugt, daß es sich keineswegs um gemeinsam verabredete Kundgebungen der Propagandisten der That, sondern vielmehr um ein gemeingefährliches Wüthen eines Einzelnen handelt, von dem man nur infolge des Attentates bei Herrn Picard einige Anhaltspunkte besitzt.

Nachklänge zur Andrée'schen Expedition. Den Findern der verschiedenen Gegenstände, die von der Andrée'schen Expedition herrühren, sind jetzt auf Antrag der Stockholmer Gesellschaft für Anthropologie und Geographie vom König Oskar Belohnungen ertheilt worden, und gleichzeitig hat der König für weitere Funde die Summe von 1000 Kronen ausgesetzt. Die bisherigen Funde bestehen in Folgendem: Am 15. Juli 1897 ließ sich auf dem bei Spitzbergen Fang betreibenden Schiffe „Alken" aus Hammerfest eine Andrée'sche Brieftasche nieder, die von dem Kapitän O. Hansen geschossen und in Verwahrung genommen wurde. Dafür erhielt dieser ein mit Inschrift versehenes Marinefernrohr. Am 14. Mai 1899 fand ein isländischer Bauernknabe im Kollafjord an der Nordküste Islands eine Schwimmboje, wofür der Finder 25 Kronen bekam, und am 11. September desselben Jahres entdeckte der Harpunier Peder Olsen vom Fangschiff „Martha" aus Aalesund in Norwegen an der Küste von König Karlland die häufig erwähnte Polarboje, die im Gegensatz zu den beiden anderen Funden keinerlei Mittheilung enthielt. Olsen bekam 50 Kronen und der Kapitän der „Martha," Lars Petter Ask, ein Marinefernrohr mit Inschrift sowie für Zeitverschäumnisse 100 Kronen. Wegen etwaiger künftiger Funde will König Oskar je nach dem Werthe derselben die Höhe der Belohnung bestimmen. Zu an eine Wiederkehr der drei Luftschiffer in Anbetracht des langen Zeitraums, der seit dem Aufstieg des Ballons verflossen ist — am 11. Juli werden es drei Jahre sein —, nicht mehr zu denken ist, so wäre es sehr wünschenswerth, daß wenigstens weitere Schwimmbojen gefunden würden, aus denen sich ein ungefähres Bild von dem Verlauf der Expedition gewinnen ließe, um so mehr, als die bisherigen Mittheilungen Andrée's in mancher Hinsicht schwer zu lösende Räthsel bilden. Während die Nachricht von der Schwimmboje die am Tage der Abfahrt, abends 11 Uhr, ausgeworfen wurde, besagt, daß der Ballon auf dem 82. Breitengrade über Ostspitzbergen befände, schwebte er nach Mittheilung der Briefstande, die man zwei Tage später abfandte, wieder an einer Stelle, die dem Abgangspunkte näher lag. Die Polarboje enthielt, wie gesagt, gar keine Nachricht, doch läßt der Umstand, daß sie beim König Karl-Land gefunden wurde, darauf schließen, daß die Ballonfahrt in den Gebieten beim Franz Josef-Land oder bei der fibirischen Küste ihr Ende erreicht hat. Da aber die bisherigen Nachforschungen, die sowohl auf Spitzbergen und Franz Josef-Land wie auch in Nordsibirien stattfanden, zu keinem Ergebniß geführt haben, ist alle Hoffnung auf eine Wiederkehr der Luftschiffer aufgegeben. Die in Aussicht stehenden Nachforschungen beim König Karl-Land und Franz Josef-Land — nach letzterem Lande will eine schwedische Expedition und nach letzterem Lande Kapitän Bade aus Wismar gehen — können somit nur den Zweck haben, Ueberbleibsel des Andrée'schen Unternehmens zu ermitteln.

Durch den Brand im Generalstabsgebäude zu Petersburg ist der schöne Kuppelsaal der Bibliothek vollständig vernichtet, die übrigen Säle gelang es zu retten. Von der werthvollen, über 100,000 Bände starken Bibliothek dürfte über die Hälfte der Bücher verbrannt sein; die berühmte Autographensammlung ist erhalten geblieben.

Achtunddreißig Mann ertrunken. Zu der Katastrophe, von der der Dampfer „Cuvier" im englischen Kanal betroffen wurde, wird dem „Petit Temps" aus Calais gemeldet, daß das Schiff, mit dem der „Cuvier" zusammenstieß, englischer Nationalität war. Dasselbe setzte seine Fahrt fort, ohne sich um das Schicksal der Mannschaft des „Cuvier" zu kümmern. Der Kapitän des letzteren und 37 Mann der Besatzung sind ertrunken. Der Name des englischen Schiffes ist noch nicht bekannt; jedenfalls verdient aber diese Rücksichtslosigkeit an den Pranger gestellt zu werden.

Schiffsunglück. An der Küste von Neuschottland ist der „Berl. Tagebl." zufolge der von Portland kommende Dampfer „Planet Mercury" mit 40 Mann Besatzung und mehreren Passagieren untergegangen.

Die Pest. In Sydney sind am Sonntag drei neue Fälle von Pest vorgekommen.

Personalnachricht. In Kopenhagen starb der Komponist Professor J. P. E. Hartmann im Alter von 94 Jahren.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— **Hallescher Bankverein.** Der Geschäftsbericht bezeichnet die Ergebnisse des 33. Geschäftsjahres als befriedigende, indem sie, wie wir bereits mittheilten, die Vertheilung einer Dividende von 8½ Prozent gestatten. Das bessere Erträgniß ist jedoch nur auf die höheren Zinssätze zurückzuführen. Im Effekten-Verkehr hatte die Bank Gelegenheit, bei Uebernahme einiger Anleihen und Aktien mitzuwirken und diese Geschäfte mit Nutzen abzuwickeln, wodurch der Verlust an dem Besitz von zinstragenden Werthen nicht allein gedeckt, sondern noch ein Mehrgewinn gegen das Vorjahr erzielt werden konnte. Die Gesammt-Umsätze haben 622 Millionen Mark von einer Seite betragen. Für zweifelhafte Forderungen wurden 24,341.30 Mark zur Abschreibung gebracht. Der Gewinn beträgt 856,220.85 M., die vorgeschlagene Dividende erfordert 735,000 M., die Tantièmen betragen 95,846 M., 14,986 M. werden vorgetragen. Der Reservefonds ist unverändert auf 1,574,193 M., ebenso die beiden Delcredere-Konten A und B auf 456,726 M. festgesetzt. Der Beamten-Unterstützungsfonds enthält 135,868 M.

— Nach der »Bresl. Ztg.« erhöhten die Breslauer Trägergroßhändler die Trägerpreise auf 19 M., d. h. 50 Prozent pro Dz.

Rio de Janeiro, 10. März. Wechsel auf London 8⅞d.

Buenos Aires, 10. März. Goldagio 127,30.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.

10. März. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	136–143	138–142	160–162	135–145
Altmark	140–144	136–142	136–144	134–142
Merseburg östlich	140–147	138–145	140–150	135–145
do westl. der Mulde	140–144	140–147	140–156	133–141
Erfurt	140–146	143–150	140–179	128–135
Danzig	141–149	132–131½	131	117–122
Posen	138–146	133–139	115–128	120–130
Breslau	132–149	131–137	123–143	117–124

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht, Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede

				am 10.3.	am 9.3
Von New York	nach Berlin	Weizen	78½ Cts.	178.09 M.	178.09 M
» Chicago	» »	Weizen	65⅛ Cts.	167.50 »	167.75 »
» Liverpool	» »	Weizen	5 sh 9½ d.	173.09 »	173.09 »
» Odessa	» »	Weizen	86 Kop.	165.25 »	165.75 »
» Odessa	» »	Roggen	73 Kop.	148.00 »	148.00 »
» Riga	» »	Weizen	89 Kop.	167.50 »	167.50 »
» Riga	» »	Roggen	74 Kop.	147.50 »	150.00 »
In Paris		Weizen	19,70 Frcs.	160.90 »	159.75 »

Getreide.

New York, 10. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 78⅞, März —, Mai 72⅞, Juli 72⅞, September 72½. Mais März —, Mai 41⅜, Juli 41⅝, Mehl 2.70. Getreidefracht 3¾.

Chicago, 10. März. [Telegr.] Weizen Mai 65⅞, Juli 66⅜. Mais Mai 36.

* **Hamburg**, 10. März. Weizen loco ruhig, loco holsteinischer, 147–151. Roggen loco ruhig, mecklenburger loco neuer 142–145, russischer loco ruhig, 109. Hafer stetig. Gerste stetig.

* **Amsterdam**, 10. März. Weizen auf Termine geschäftslos, März —, Roggen loco —, auf Termine fest, März 131, Mai 134.

* **Antwerpen**, 10. März. Weizen flau, Roggen und Hafer behauptet, Gerste fester.

Viehmärkte.

Berlin, 10. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkaufe standen: 5342 Rinder, 1554 Kälber, 7787 Schafe, 8879 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, 61—65; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete, 56—60; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere 53—55; 4) gering genährte jeden Alters 48—52; — Bullen: 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerths 63—62; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere 51—58; 3) gering genährte 43—52; — Färsen und Kühe: 1) a. vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths —, — b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 52—53; 2) ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere 50—51; 3) mässig genährte Färsen und Kühe 46—49; 4) gering genährte Färsen und Kühe 43—45; — Kälber: 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast und beste Saugkälber) 72—74; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 64—68; 3) geringe Saugkälber 57—61; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 40—48 M. — Schafe: 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 61—64 M.; 2) ältere Masthammel 55—60 M.; 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 48—54 M.; 4) Holsteiner Niederungschafe —,— auch pro 100 Pfund Lebendgewicht —,— M. — Schweine: Man zahlt für 100 Pfund lebend (oder 50 kg mit 20proz. Tara-Abzug: 1) vollfleischige, kernige Schweine feinerer Rassen und deren Kreuzungen, höchstens 1¼ Jahr alt 47—48; Käser —,—; fleischige Schweine 45—46; gering entwickelte 42—44; Sauen 43—45 M.

Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich schleppend ab und hinterlässt Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ziemlich glatt; es wurde alles verkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000312029/fragment/page=0002